

Ausgabe 01|22

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit



IM FOKUS

Identität – Was ist das?

IM FOKUS

Identität und Heimat in der Literatur.
Beobachtungen zu Ludwig Ganghofer,
Ludwig Thoma, Lena Christ und Oskar Maria Graf

BRENNPUNKT

Krieg in Europa! Was treibt Putin?
Zeithistorische Hintergründe und politische Folgen
des russischen Angriffskriegs in der Ukraine

GRAPHIC NOVEL

„Beim Zeichnen überbrücke ich die Distanz zur
Vergangenheit.“ Zur Darstellung von Zeitgeschichte in
den Comics Barbara Yelins

Liebe Leserin und lieber Leser,

Bücher unter Schutt und Asche: Das Cover dieser Ausgabe zeigt eine Aufnahme von Trümmern nach einem Bombenangriff auf Kiew am 18. März 2022. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt eine Zeitenwende in der europäischen Geschichte dar. Seine Auswirkungen sind unabsehbar und betreffen alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf Jahrzehnte hinaus.

Im „Brennpunkt“ erläutert Klaus Gestwa die historischen Hintergründe und das „Drehbuch“ des russischen Überfalls auf die Ukraine. Wie die russische Führung auch das Land selbst immer mehr in einer Diktatur verwandelt, zeigt ein Beitrag von Daniel Weinmann über das Verbot der ältesten und renommiertesten russischen Menschenrechtsorganisation MEMORIAL.

Im Fokus dieser Ausgabe steht das Thema „Identität(en)“. Hat sich EuP 2021 mehr mit Gender-Fragen beschäftigt, so geht es diesmal um noch Grundsätzlicheres:

- Was ist Identität? Wie wird man zu dem/der, der/die man ist oder sein will? Diesen und weiteren zentralen philosophischen Fragen geht Rupert Gröbl auf den Grund.
- Den Zusammenhang von Identität(en) in Deutschland und der deutschen Geschichte erläutert Jürgen Müller-Hohagen aus psychologisch-psychotherapeutischer Sicht.
- Waldemar Fromm stellt dar, inwiefern ein Zusammenhang von Identität und Heimat bei bayerischen „Heimtdichtern und -dichterinnen“ zu beobachten ist.
- Im Werkstattgespräch unterhält sich die EuP-Redaktion mit dem Bezirksheimatpfleger Dr. Norbert Göttler über viele interessante Aspekte rund um das Schwerpunktthema.

In der Graphic-Novel-Reihe sehen wir diesmal auf die Arbeit der Künstlerin Barbara Yelin: Tanja Seider sprach mit ihr über ihre Werke und ihre Arbeitsweise. Monika Franz stellt die Neuerscheinung „Jan Bazuin. Tagebuch eines Zwangsarbeiters“ vor, das Yelin illustriert hat.

Ludwig Unger gibt abschließend einen Einblick in die Konzeption und den Um- und Ausbau des deutsch-deutschen Museums in Mödlareuth.

Last, but not least: Wie Ihnen sicher auffallen wird, ist EuP neu verpackt worden. Schreiben Sie uns gerne, wie Sie unser neues Layout finden!

Wir wünschen eine anregende und in bestem Fall unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion

Autoren und Autorinnen dieses Heftes

Monika Franz arbeitet als Stellvertreterin des Direktors sowie als Abteilungs- und Referatsleiterin bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Prof. Dr. Waldemar Fromm ist apl. Professor am Institut für Deutsche Philologie der LMU in München und Vorsitzender der Oskar-Maria-Graf-Gesellschaft.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Direktor Rupert Gröbl leitet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Dr. Jürgen Müller-Hohagen beschäftigt sich als Psychotherapeut u.a. mit seelischen Nachwirkungen der NS-Zeit.

Dr. Tanja Seider lehrt und forscht als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Augsburg.

Dr. Ludwig Unger ist Referatsleiter bei der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit.

Daniel Weinmann arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.



INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de, Stichwort: *Einsichten und Perspektiven*.

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

MEMORIAL – RUSSLANDS GEWISSEN. GESCHICHTSAUFARBEITUNG, IDENTITÄTSSTIFTUNG UND MENSCHENRECHTE

von Daniel Weinmann



Demonstrationen während der Verhandlung zum Verbot von *Memorial* am 28. Dezember 2021. Auf dem Schild des Mannes, der von der Polizei vor dem Gerichtsgebäude abgeführt wird, steht: „Wir werden ewig leben“. Der Anfangsbuchstabe ist das Logo von *Memorial*.
Abbildung: picture alliance/dpa/TASS/
Fotograf: Gavriil Grigorov

Der russische Präsident Vladimir Putin führt neben dem Krieg gegen die Ukraine auch einen um die nationale Identitätsbildung im eigenen Land. So soll Russlands älteste und größte unabhängige Nichtregierungsorganisation *Memorial International* liquidiert werden. Das ließ der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation am 28. Dezember 2021 verlauten. Grund dafür seien die angebliche Verunglimpfung der Sowjetunion sowie Verstöße

gegen das „Gesetz über ausländische Agenten“ und gegen internationale Menschenrechtspakte.¹ Solche staatlichen Versuche, die Arbeit *Memorials* zu stoppen, sind schon seit den ersten Tagen

¹ „Russland: Menschenrechtsorganisation *Memorial* vor dem Aus“, in: tagesschau.de, 28.12.2021, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/russland-memorial-105.html> [Stand: 28.12.2021].

der Gesellschaft zu beobachten gewesen. Als während der Perestroika eine pluralistische Erinnerungslandschaft entstand, gründete sich die zivilgesellschaftliche Organisation mit dem Ziel, den „Opfern des Totalitarismus“ ein Denkmal zu setzen. *Memorial* engagierte sich für eine Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit sowie für eine soziale und rechtliche Rehabilitationen der Opfer des Staatsterrors. In ihrer weiteren Entwicklung wandte sich die Organisation zunehmend dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach politischen Freiheiten sowie dem Kampf gegen Bürgerrechtsverletzungen und für Menschenrechte zu. In Zusammenarbeit mit Dissident*innen wie dem Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow (1921-1989) und dem Historiker und politischen Aktivistin Arsenij Roginskij (1946-2017) offeriert die international hochangesehene und gut vernetzte Gesellschaft *Memorial* ein demokratisches Identitätsangebot zum Sowjetstaat und zur heutigen autoritären Politik des Putin-Regimes.²

Stalinismus und Glasnost

Die Anfänge von *Memorial* standen im Zeichen der Reformvorhaben Michail Gorbatschows, seit 1985 neuer Generalsekretär der KPdSU. Mit den Schlagworten Perestroika (Umbau) und Glasnost (Offenheit, Transparenz) sollte eine „zweite russische Revolution“ ausgelöst und der Sowjetunion angesichts einer maroden Wirtschaft, technologischer Rückstände und politischer Herausforderungen ein Weg ins 21. Jahrhundert bereitet werden. Als eine von oben verordnete Revolution und inszenierte Fortsetzung des Roten Oktobers gemäß dem Credo „Zurück zu Lenin“ versuchte Gorbatschow, seine Reformen innerhalb der Partei zu legitimieren und einen Ausgleich zwischen reformorientierten und konservativen Kräften zu schaffen. Außerdem erhoffte er sich eine erhöhte Bereitschaft der Bevölkerung, bei der Umgestaltung mitzuwirken und so über eine Aufbruchsstimmung das Identifikationspotential mit dem Staat zu erneuern.³ So ermöglichten Perestroika und Glasnost eine bisher ungekannte Ausprägung der Diskussionskultur in informellen Klubs und Gruppierungen, die

von einer Liberalisierung der Presse- und Medienlandschaft profitierten. Kulturschaffende durften nun ihre Werke – Theaterstücke, Filme, Bücher – zu schmerzlichen Themen der sowjetischen Geschichte veröffentlichen und fungierten als Tabubrecher.

Der Parteistaat verlor bald den Zugriff auf die Geschichtsdebatte, die immer enger mit den Fragen zur Umgestaltung von Politik und Gesellschaft verbunden wurde. Historische Themen fanden enorme Aufmerksamkeit und schufen ein gesellschaftliches Reizklima. Dabei standen die kontroversen Diskussionen um die stalinistische Terrorherrschaft im Mittelpunkt. Die von Stalin eingeleitete Brachialindustrialisierung hatte sich auf ein menschenverachtendes Zwangsarbeitssystem gestützt. Dessen leitende, seit 1934 in der „Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager und -kolonien“ organisierte Behörde ging unter dem russischen Akronym GULag in die Geschichte ein. Erst mit der allmählichen Archivöffnung in den 1990er Jahren wurde bekannt, dass 18 bis 20 Millionen Menschen die Lagerwelt durchleben mussten und dabei mindestens 1,5 Millionen den Tod fanden. Während der Hochphasen des stalinistischen Staatsterrors konnte faktisch jede Person als „Schädling“, „Volksfeind“ oder „anti-sowjetisches Element“ verurteilt werden.⁴

Nikita Chruschtschow (rechts) und Leonid Iljitsch Breschnew im Juni 1963
Abbildung: picture alliance/IMAGNO/Votava



2 *Memorial* verboten. Erklärung zur Zwangsauflösung von Memorial, 28.12.2021, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/memorial-verboten/> [Stand: 28.12.2021].

3 Michail Gorbatschow: Perestroika. Die zweite russische Revolution: eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.

4 Grundlegend zum GULag: Anne Applebaum: Der Gulag, Berlin 2003; Karl Schlögel: Terror und Traum. Moskau 1937, München 2008.

Literarische Versuche, die Verbrechen des Stalinismus und den Gulag aufzuarbeiten, wurden zu Lebzeiten Stalins unterdrückt oder propagandistisch umgedeutet. Im anschließenden „Taufwetter“ seines Nachfolgers Nikita Chruschtschow kam es unter der Formel des „Kampfes gegen den Personenkult“ zu einer Verurteilung des 1953 verstorbenen Diktators. Einige staatsterroristischen Verbrechen, vor allem gegen Parteimitglieder durften damals kontrolliert thematisiert werden, ohne das dadurch entstandene System grundsätzlich zu thematisieren. Nach der Absetzung des erraticischen Kremlchefs im Oktober 1964 unterbrach Leonid Breschnew eine kritischere Betrachtung der eigenen Geschichte zu Gunsten heroischer Mythen zur Machtlegitimation und Identitätsbildung. Nur in sehr begrenztem Umfang konnten Werke im *Samizdat* oder *Tamizdat*, dem Selbst- bzw. Auslandsverlag, innerhalb der Sowjetunion vervielfältigt werden und zirkulieren. Bei ihrem hochgradig selektiven Geschichtsbild dienten der Staatsführung die in der stalinistischen Vergangenheit mit hohem Blutzoll erkaufte Errungenschaften als integrative Faktoren dazu, verheißungsvolle Visionen von der sowjetischen Gegenwart und Zukunft zu vermitteln. Als allein erinnerungswürdig galten die Triumphe und Siege. Die offene Wunde der Geschichte und die Millionen Opfer erschienen keiner Erwähnung wert.

1987 jährte sich der Höhepunkt des stalinistischen „Großen Terrors“ zum 50. Mal. Noch immer gab es politische Gefangene in sowjetischen Lagern und missbrauchten Psychiatrien, deren Insass*innen nur allmählich entlassen und rehabilitiert wurden. Neue Enthüllungen über die bedrückende Geschichte und Gegenwart der Straflager führten mit ihrer Verarbeitung zu einer ständigen Neubewertung des gesellschaftlichen und individuellen Geschichtsverständnisses. Die Rückkehr der lange verdrängten Vergangenheit Ende der 1980er Jahre schlug in einen als schmerzhaft empfundenen „Verlust der Geschichte“ um.⁵ Kritisch denkende Menschen schlossen sich zu seit 1987 offiziell erlaubten informellen Klubs zusammen, die überall im Land entstanden, um über (lokale) Probleme zu diskutieren und gesellschaftliches Handeln anzuleiten. Bei diesem historischen Aufklärungsboom ergriffen die Medien und die informellen Vereinigungen als neue Akteure gemeinsam die

Initiative, um das Wissen um die „weißen Flecken“ der Vergangenheit zu verbessern und die politische Relevanz von Geschichte zu unterstreichen.⁶

Die Ursprünge von *Memorial*: Mehr als ein Denkmal – 1987

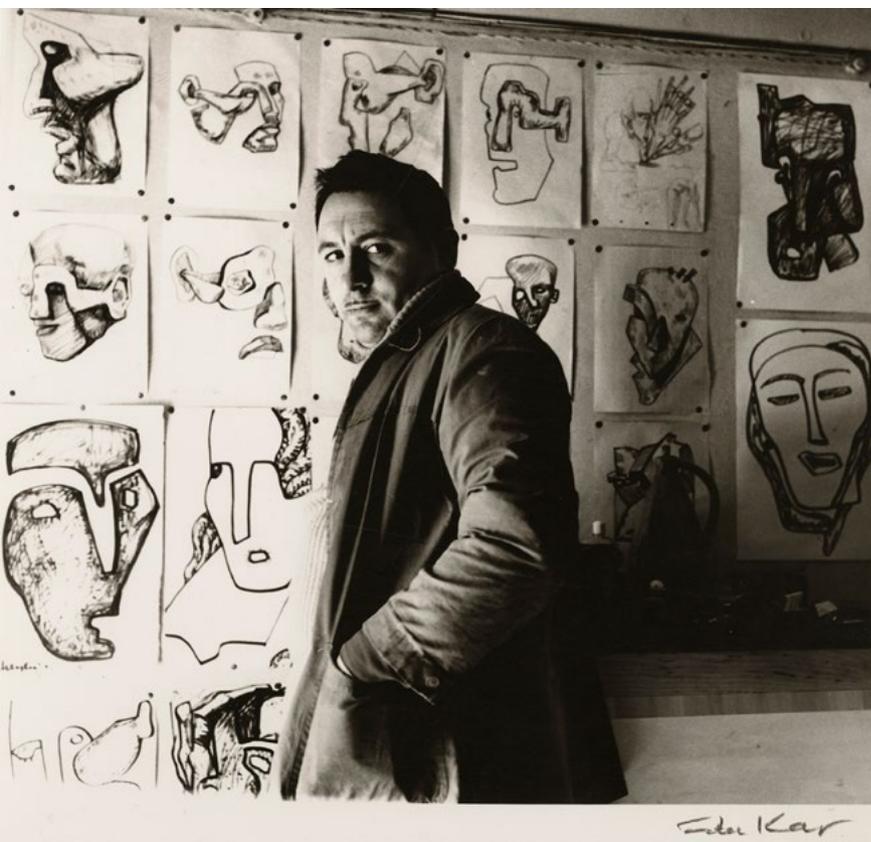
Wie stark diese lebhafteste Diskussion um Geschichte und Politik durch gesellschaftliche Initiativen geprägt war, zeigt vor allem der Aufstieg der „Initiativgruppe *Memorial*“ in Moskau. Deren Protagonist*innen hatten eine aus der Taufwetterzeit bekannte und dann politisch unterdrückte Forderung nach einem Denkmal für die Opfer des Stalinismus wieder aufgegriffen. Nachdem der Generalsekretär Nikita Chruschtschow in seiner „Geheimrede“ von 1956 den „Personenkult und seine Folgen“ anprangerte und Stalin für die Verbrechen in der Vergangenheit verantwortlich machte, sollte ein auf dem 22. Parteitag 1961 gefasster Beschluss mit der Errichtung eines Denkmals für die Opfer der stalinistischen Repressionen der Entstalinisierungspolitik Nachdruck verleihen. Die dafür vorgesehene Opfergruppe war jedoch ein exklusiver Kreis, vorwiegend bestehend aus rehabilitierten Verwandten hochrangiger Parteimitglieder. Der bekannte Bildhauer Ernst Neizvestnyj (1925–2016) erzählte später in einem Interview, altegediente Parteifunktionäre seien bereits nach dem 20. Parteitag 1956 an ihn herangetreten, um ihn um ein Modell für das geplante Denkmal zu bitten. Der angefertigte Entwurf wurde jedoch zerstört und der Künstler unter Druck gesetzt, sein Projekt nicht weiter zu verfolgen.⁷ Einzelne Nachkommen von Parteimitgliedern, deren Eltern von den stalinistischen Repressionen betroffen waren, erinnerten Ende 1967 das Zentralkomitee noch einmal an den Parteibeschluss von 1961. Es sei unerträglich, dass zum 50. Jubiläum der Oktoberrevolution Stalin wieder öffentlich gelobt werde, aber das Denkmal für die Terroropfer weiter auf sich warten lasse. Trotz dieser eindrücklichen Mahnung ließ die sowjetische Politik das Denkmalprojekt auf sich beruhen.⁸

5 Gerhard Simon/Nadja Simon: *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 1993, S. 49–61.

6 Elke Fein: *Geschichtspolitik in Rußland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratisierenden Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft Memorial*, Münster 2000, S. 114 ff.

7 Edgar Cheporov: Ernst Neizvestny: „*Monument to Human Sorrow*“, in: *Moscow News* 46 (1988), S. 7.

8 Vgl. die Aussagen von Aktivist*innen bei Masljukova, Margarita, Ekaterina Melnikova und Ekaterina Pavlenko: „*Memorial. Épizod I*“, <http://prequel.memo.ru> [Stand: 21.01.2022].



Der Künstler
Ernst Neizvestny
Abbildung:
Ida Kar/National
Portrait Gallery,
London

Im Juni 1987 stellte Jurij Samodurov, ein junger Geologe, dessen Großmutter die stalinistischen Zwangsarbeitslager überlebt hatte, sein Projekt *Pamjatnik* (dt.: Denkmal) vor. Auf der ersten unionsweiten Konferenz informeller Klubs Ende August 1987 fand es landesweit große Unterstützung. Mit der Anzahl von Entwürfen wuchs deren Umfang und bald sahen Pläne einen großen Komplex vor, der aus mehreren Gedenkstätten und einer Krypta sowie aus Arbeitsräumen und Sälen bestand. Im Rahmen aktiver politischer Bildungsarbeit sollten Räume für Vorträge und Diskussionsrunden sowie für Ausstellungen und Führungen entstehen. Angesichts des wachsenden Engagements mussten sich die Moskauer Initiator*innen besser organisieren und schlossen sich zu einer „Initiativgruppe *Memorial*“ zusammen.

Infolge des an Reichweite und Relevanz gewinnenden Geschichtsinteresses erkannten Gorbatschow und seine Mitstreiter*innen, dass die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten eine Herausforderung für den Parteistaat darstellten und die offizielle Politik im Rahmen der verkündeten historischen Glasnost darauf reagieren musste. Anlässlich des 70. Jahrestags des „Roten

Oktobers“ hielt Gorbatschow am 2. November 1987 eine noch verhaltene Rede. Sie markierte trotzdem einen Wendepunkt für den öffentlichen Diskurs. Staatliche Untersuchungskommissionen sollten nun entschieden die „weißen Flecken“ des stalinistischen Terrors aufdecken. Sie arbeiteten wegen der Zwänge der Staatsbürokratie aber oft langsam. Dadurch erhielten die vorpreschenden Aktionen von *Memorial* viel Aufmerksamkeit. Sie setzten wichtige Wegzeichen durch Konformität und mobilisierten die Zivilgesellschaft zur engagierten aktiven Suche nach einer Geschichte, um neue Ressourcen der Motivation und Identifikation zu erschließen.

Mit der „von unten“ in Gang gesetzten Aufarbeitung der Vergangenheit übten die gesellschaftlichen Akteur*innen immer mehr Druck auf die Partei aus. Sie verteilten und versandten Fragebögen, um ein umfassenderes und klareres Bild vom Ausmaß des stalinistischen Terrors zu erhalten. Die damit unweigerlich aufgeworfene explizite Frage nach Schuld und Verantwortung stellte für die Legitimität der Partei eine große Bedrohung dar. Prominente Parteigenoss*innen erschienen nicht mehr nur als die alleinigen Opfer des stalinistischen Terrors, sondern auch das Leid zuvor vergessener sozialer Gruppen wie die zwangskollektivierte Bauernfamilien, das Heer von sowjetischen Kriegsgefangenen und „Ostarbeitern“ rückte in den Vordergrund. Auch auf internationaler Ebene gewann die Schuldfrage an Brisanz, als etwa eine sowjetisch-polnische Historiker*innenkommission die Verantwortung Moskaus für das Massaker in den westrussischen Wäldern von Katyn belegte. Im April und Mai 1940 hatten dort mehr als 20.000 polnische Offiziere, Polizisten und Intellektuelle ihr Leben durch sowjetische NKWD-Mitarbeiter verloren.⁹ Angesichts der überwältigenden Beweislage musste Gorbatschow schließlich die Schuld Moskaus eingestehen und anerkennen, dass die offizielle Version der Geschichte längst nicht mehr unumstritten war und der kritische Aufarbeitungsprozess neue politische Dynamiken freisetzte.

9 Claudia Weber: Krieg der Täter. Die Massenerschießungen von Katyn, Hamburg 2015, S. 424–432; Elena Žemkova/Arsenij Roginskij: Empathie und Indifferenz. Die Rehabilitierung der Opfer sowjetischer Repressionen, in: Osteuropa 67/11–12 (2017), S. 97–123.



Andrej Sacharow am 23. Dezember 1986 bei seiner Ankunft in Moskau nach siebenjähriger Verbannung
 Abbildung: picture alliance/ AP Images/
 Fotograf: Boris Yurchenko

Unterstützung organisieren: Herbst 1987 bis Sommer 1988

Seit Herbst 1987 begannen die Aktivist*innen von *Memorial*, Unterschriften für einen Appell an die Delegierten der im Juni 1988 stattfindenden außerordentlichen 19. Parteikonferenz und an den Obersten Sowjet zu sammeln, um dem Projekt eines Denkmals für die Opfer des Stalinismus mehr Nachdruck zu verleihen. Ziel war es, die „Erinnerung des gesamten Volkes an und den Schmerz über die Millionen Menschen“ zu bewahren, die „grundlos Verfolgungen ausgesetzt waren und die nun rehabilitiert werden sollten“. Das Denkmalprojekt sollte als ein „Demokratisierungsfaktor“ für das Land wirken und – im Einklang mit Gorbatschows „Neuem Denken“ – die Glaubwürdigkeit sowjetischer Reforminitiativen in anderen Staaten erhöhen.¹⁰

Dass es die Aktivist*innen wagten, den üblichen Weg über die Instanzen der Partei zu umgehen und sich selbstbewusst direkt an das höchste Legislativorgan des Sowjetstaats zu wenden, galt

als unerhörter und nicht hinnehmbarer Schritt: Wiederholt wurden öffentlichen Unterschriftensammlungen und Versammlungen von *Memorial* aufgelöst. Die sowjetische Miliz durchsuchte Wohnungen der Organisator*innen und versuchte, diese mit – teils antisemitischen – Drohungen einzuschüchtern. An ihren Arbeitsstellen waren die Betroffenen Schikanen ausgesetzt. Die zügige offizielle Registrierung von *Memorial* lehnten die Zuständigen mit der fadenscheinigen Begründung ab, die ökonomischen Reformen des Landes bedürften der vollen Aufmerksamkeit der Bürger*innen. Den Aktivist*innen blieb damit unter anderem die Eröffnung eines Spendenkontos verwehrt. Sie sollten – so die Aufforderungen von offizieller Seite – auf eigene Aktionen und Vereinigungen verzichten und sich dafür in den staatlichen Initiativen engagieren. Doch stattdessen entstanden in immer mehr Gebieten der Sowjetunion lokale Ableger von *Memorial*.¹¹

Anfänglich sammelte die zunächst kleine Schar von Aktivist*innen nur in einigen großstädtischen Theater-Foyers Unterschriften. Eine derartige

10 „Zu den Thesen an die 19. Parteikonferenz“, in: Osteuropa 39/5 (1989), S. A232.

11 Anne White: *The Memorial Society in the Russian Provinces*, in: *Europe-Asia Studies* 47/8 (1995), S. 1343-1366.

Aktion im Moskauer Ermolova-Theater verschaffte *Memorial* dann Anfang des Jahres 1988 eine erste Erwähnung in der sowjetischen Presse. Der entsprechende Beitrag in der einflussreichen Kulturzeitung *Liternaturnaja Gazeta* zitierte den sich für *Memorial* engagierenden Physiker Lev Ponomarëv, der erklärte, „die Perestrojka füllt das Leben vor allem mit Gewissen.“ Er würde daher seine Nichtteilnahme an der öffentlichen Unterschriftenaktion für die Opfer des Stalinismus „einfach als gewissenlos betrachten.“¹² Weiteren Zulauf erhielt *Memorial*, als bekannt wurde, dass prominente Intellektuelle und Kulturschaffende wie der Schriftsteller Ales Adamowitsch, der Dramatiker Michail Schatrow und der Historiker Jurij Afanassjew den Appell schon unterzeichnet hatten.

Neben der *Liternaturnaja Gazeta* schenken mit der Wochenzeitung *Moskovskie Novosti* und der Wochenillustrierten *Ogonjok* zwei weitere Flaggschiffe der Glasnost-Presse den Aktivitäten von *Memorial* wachsende Aufmerksamkeit. Dank dieser Unterstützung fanden Mitte 1988 öffentliche Kundgebungen vor mehreren hundert Teilnehmenden statt, auf denen unter anderem der im Dezember 1986 aus seiner Verbannung nach Moskau zurückgekehrte Dissident und Menschenrechtsaktivist Andrej Sacharow (1921–1989) auftrat. Der Friedensnobelpreisträger hob in seiner Rede die Bedeutung von Bürgerinitiativen hervor, um endlich in angemessener Form der Opfer des Stalinismus zu gedenken und die damit verbundenen historischen Traumata aufzuarbeiten. Mit seiner moralischen Autorität und seinem Einsatz für *Memorial* verlieh er der Bewegung den nötigen Vertrauensvorschub in der breiteren Bevölkerung.

Die schnell wachsende Bewegung konnte auch auf bereits vorhandenes Wissen und Ideen von Dissident*innen bauen. Einige, wie der Historiker Arsenij Roginskij (1946–2017) hatten sich bereits seit den 1970er Jahren mit Möglichkeiten der historischen Aufarbeitung beschäftigt. Mit Gleichgesinnten gründete er 1975 die unabhängige Zeitschrift *Pamjat'* (Gedächtnis) und wurde 1981 zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt. Roginskij, ein Verfechter von Archivöffnungen, veranstaltete schließlich im Herbst 1987 mit einigen anderen Seminare, unter anderem zum Thema GULag. Diese erhielten viel Aufmerksamkeit von Seiten

Memorials. Schnell wurden Schnittpunkte zwischen den „klassischen Dissident*innen“ und den neuen „informellen Aktivist*innen“ gefunden. Dass der seit längerem bestehende Dissens und eine neue soziale Bewegung zusammenfanden, setzte ein starkes Momentum frei.¹³

Diesem wachsenden sozialen und medialen Druck konterte Gorbatschow in seiner Abschlussrede auf der 19. Parteikonferenz mit einem eigenen Vorschlag zu einem Denkmalsprojekt. Dabei vermied er es, *Memorial* zu erwähnen, um selbst als Initiator dieser wichtigen geschichtspolitischen Aktion in Erscheinung zu treten. Währenddessen befragten die Aktivist*innen von *Memorial* die Bevölkerung im Juli und August 1988, wer einem organisatorischen „gesellschaftlichen Rat“ der Bewegung angehören sollte. Sein Vorsitzender wurde Andrej Sacharow.¹⁴

Wettbewerb der Erinnerung, 1988

Der neugegründete Rat rief alsbald einen Wettbewerb für das Denkmalprojekt aus, für den besonders die Illustrierte *Ogonjok* warb. In einer

Anlässlich der „Woche des Gewissens“ wurde im November 1988 in Moskau eine so genannte „Mauer der Erinnerung“ ausgestellt, eine große Schautafel mit Informationen über Repressionsopfer, die Besucher mitgebracht hatten oder die per Post geschickt worden waren.

Abbildung:
Memorial
Deutschland



13 Barbara Martin: *History as Dissent. Independent Historians in the Late Soviet Era and Post-Soviet Russia, From "Pamiat'" to "Memorial"*, in: Ben Dorfman (Hg.): *Dissent! Refracted. Histories, Aesthetics and Cultures of Dissent*, Frankfurt a. M. 2016, S. 51–75.

14 Die 20 Mitglieder des „gesellschaftlichen Rats“ waren ausschließlich Männer. Evgenija Lezina: *Memorial und seine Geschichte. Russlands historisches Gedächtnis*, in: *Osteuropa* 64/11–12 (2014), S. 165–176, hier S. 168 f.

12 Jurij Ščekočichin: *Vspomnit' i ne zabyvat'*, in: *Liternaturnaja Gazeta*, 20.01.1988, S. 2.

ersten Phase reichten Amateur*innen ihre unterschiedlichen Ideen für den geplanten Denkmalkomplex ein. Die wichtigsten und interessantesten wurde anschließend in der Ausstellung „Woche des Gewissens“ öffentlich präsentiert. In der zweiten Phase sollten professionelle Architekt*innen und Bildhauer*innen ihre Vorschläge unterbreiten. Um sich selbst ein Bild von diesen künstlerischen Aufarbeitungsversuchen zu machen, nahmen es trotz des unwirtlichen Novemberwetters viele Menschen geduldig auf sich, in langen Schlangen vor dem Kulturpalast zu verharren, bis sie Einlass erhielten.

Dieses ganz im Stil des Sozialistischen Klassizismus gehaltene Ausstellungsgebäude, dessen Errichtung der überwältigenden Repräsentation von Stalins Macht gedient hatte, verwandelte sich damals zu einem belebten Denkmal seiner Opfer. Viele junge Leute besuchten die Ausstellung auf der Suche nach Antworten auf ihre drängenden historischen Fragen. Viel Aufmerksamkeit erregte Dima Jurasow, ein Student des Moskauer Historisch-Archivalischen Instituts, mit seiner umfangreichen Kartei von Repressierten. In einem Interview erklärte er, seine beachtliche Privatsammlung von über 130 000 Namen beständig zu erweitern, weil kein Name vergessen werden dürfe.¹⁵

Eindrucksvoll veranschaulichte die Moskauer Ausstellung die Demokratisierung der Erinnerung. Zahlreiche Vorschläge für das geplante Denkmal ließen sich sowohl als Zeichnungen als auch als Modelle bestaunen. Viele Menschen kamen der Aufforderung nach, persönliche Dinge, die sie mit der Zeit der Repressionen verbanden, mit der Post zu schicken oder selbst vorbeizubringen. Andere hängten Zettel an die „Mauer der Erinnerung“. Darauf hatten sie die Namen ihrer zuvor repressierten Angehörigen und Freund*innen notiert, verbunden mit der Bitte, über deren Schicksal mehr Informationen zu erhalten.¹⁶ Bei den Begleitveranstaltungen zur Ausstellung boten Journalist*innen, Künstler*innen, Schauspieler*innen, Historiker*innen und die bekannte Rockmusik-Gruppe *Čajf* insgesamt 300.000 Besucher*innen ein

interessantes Programm, um Stalin weiter zu demystifizieren. Die Moskauer Ausstellung, die bald ähnliche Veranstaltungen in anderen Großstädten nach sich zog, führte vor Augen, dass die seit mehr als drei Jahrzehnten vergangene Stalin-Zeit den Menschen immer noch sehr nah war.

Die große Beachtung, die *Memorial* mit der Moskauer Ausstellung fand, rief bald das Kulturministerium auf den Plan. Es kündigte einen eigenen Wettbewerb für ein nur auf die Opfer der stalinistischen „Säuberungen“ in der Hauptstadt Moskau bezogenes Denkmal an. Im Unterschied zum groß angelegten Gedenkstättenprojekt von *Memorial* sollte diesem weder ein Forschungszentrum noch ein Ausstellungs- und Schulungskomplex für politische Bildungsarbeit angeschlossen werden. Der Kulturminister wies sogar darauf hin, dass bereits eine große Geldsumme für das Denkmal gespendet worden sei, erwähnte bei seinem Versuch der staatlichen Vereinnahmung des Projekts jedoch nicht, dass es sich dabei um das Spendenkonto von *Memorial* handelte, das mit Unterstützung von unter anderem der *Literaturnaja Gazeta* und *Ogonjok* eingerichtet worden war.

Die Registrierung und Institutionalisierung von Memorial im Januar 1989

Beflügelt durch den Erfolg der Ausstellung entwickelte die Initiativgruppe immer stabilere Strukturen. In 110 Städten der Sowjetunion gab es aktive Unterstützer*innen, die sich zunehmend besser zu organisieren begannen. Die Gründungsveranstaltung der unionsweiten Gesellschaft *Memorial* musste allerdings wegen des politischen Drucks wiederholt verschoben werden. Die Partei sah sich in ihrem Führungsanspruch bedroht, konnte aber nicht gegen die zuvor verkündete tolerantere Haltung verstoßen. Erst nachdem der Friedensnobelpreisträger Sacharow mit seiner gewichtigen Stimme Einfluss auf führende Parteifunktionäre genommen hatte, fand die Gründungskonferenz von *Memorial* am 28./29. Januar 1989 im Kulturpalast des Moskauer Luftfahrtinstituts statt. Die Presse berichtete ausführlich darüber. Neben dem Gründungsstatut von *Memorial* verabschiedete das Plenum weitere Resolutionen, so zur Realisierung des Denkmals, zur Freilassung von politischen Häftlingen und zum im Exil lebenden Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn, der seine ihm zuvor entzogene sowjetische Staatsbürgerschaft wiedererhalten sollte. Im

15 Ol'ga Nemirovskaja: *Nedelja Sovesti*, in: *Ogonëk* 48 (1988), S. 1, 31 f.; Informationen [des Organisationskomitees], in: *Osteuropa* 39/5 (1989), S. A233.

16 All diese persönlichen Dinge und Mitteilungen sind später in das Museum und Archiv von *Memorial* eingegangen. Eindrücke der Ausstellung sind filmisch hier festgehalten: *Meždunarodnyj Memorial: Nedelja sovesti*. DK MELZ, <https://youtu.be/GcsjcrUdWLo> [Stand: 04.02.2022].

bewussten Gegensatz zum straffen Zentralismus des sowjetischen Parteistaats gliederte sich *Memorial* als unionsweite Gesellschaft in weitgehend eigenständige lokale und regionale Organisationseinheiten, die sich über eine landesweite Dachstruktur abstimmen und koordinieren sollten, um so ihre feste Einbettung in lokale Kontexte nicht aufgeben zu müssen.¹⁷

Von der offiziellen Gründung an ging es *Memorial* nach mehreren Debatten nicht um die strafrechtliche Belangung verantwortlicher Täter*innen, sondern vielmehr um die grundsätzliche Aufklärung über den Stalinismus und dessen „öffentliche Verurteilung“. Deshalb gelte es, „so zu arbeiten, dass sogar die Luft um die Denkmäler anders wird, damit sich das Vergangene nicht mehr wiederholen kann.“¹⁸ Damit verbunden war ein von Gerechtigkeit geprägter Blick auf Geschichte und ein historisch geprägter Blick auf Rechtsstaatlichkeit, die zusammen mit der Demokratisierung eine Wiederkehr des „Totalitarismus“ durch eine starke Zivilbevölkerung unmöglich machen sollten.¹⁹

Mit dem an die Gründung anschließenden Mitgliederzuwachs wurde die Ausrichtung der Bewegung diverser und mit der fortschreitenden Institutionalisierung zunehmend regierungskritischer. Sollte das Denkmal anfangs durch den Staat realisiert werden, wuchsen bald die Zweifel an einer ernsthaften Verantwortungsübernahme der Staatsmacht für die eigene Vergangenheit. Gleichzeitig befand sich *Memorial* noch immer in einem Konkurrenzverhältnis zur Partei, die das Monopol auf die staatstragende und identitätsstiftende Auslegung der Geschichte hatte. Die sich daraus ergebenden Spannungen führten innerhalb von *Memorial* zu einer Lagerbildung. Das gemäßigte Lager wollte sich ähnlich wie die Partei mit den Verbrechen während Stalins Herrschaft bis 1953 beschäftigen. Das radikalere Lager befürwortete hingegen die Aufarbeitung der gesamten Sowjetgeschichte, einschließlich des „Roten Oktobers“ 1917 als sakralen Gründungsmythos und einer kritischen Auseinandersetzung mit Lenin als Revolutionsführer und Staatsgründer. Dieser riskantere, weil konfrontativere Kurs ergab sich aus

den verbohrtten Versuchen der Partei, *Memorial* für sich zu vereinnahmen und dadurch kleinzuhalten.

Erste Schritte der jungen Zivilgesellschaft, 1989-1991

Einer der gewählten Vorsitzenden von *Memorial*, der Historiker Jurij Afanassjew forderte damals, fortan müssten alle Historiker*innen freien Zugang zu den noch verschlossenen Archiven erhalten. Erst mit soliden Quellenrecherchen und umsichtigen Studien lasse sich dem Stalinismus beikommen, der immer noch das Denken der Menschen prägte. Als besonders gefährlich erschien ihm der Neo-Stalinismus, weil er den Nährboden für „die reaktionäre Bedrohung der Perestrojka“ bilde.²⁰ Trotz dieser gesellschaftlich relevanten Aktivitäten verstand sich *Memorial* explizit weiter nicht als Partei, sondern sah als unionsweite organisierte Gesellschaft ihre Aufgabe vor allem in der Erinnerungs- und historischen Aufklärungsarbeit, um daraus politische Forderungen und Ziele abzuleiten, die es in der Öffentlichkeit zu vertreten galt.

„Lebendige Kette“ vor der Ljubjanka: Demonstrierende mit Kerzen und Schild „30 Oktober – Tag der politischen Gefangenen in der Sowjetunion“ vor dem Ehrenmal Andropovs
Abbildung: Dmitry Borko



17 Arsenij Roginskij: *Čto takoe „Memorial“?*, in: Colta.ru, v. 31.01.2014, <https://www.colta.ru/articles/specials/1872-čto-takoe-memorial> [Stand: 31.01.2022]; Fein [wie Anm. 6], S. 134–138.

18 Semen Janovskij: *Roždenie „Memoriala“*, in: Ogonëk 6 (1989), S. 1.

19 Vgl. die Auszüge der Satzung in Englisch: *What is International Memorial*, <https://memo.ru/en-us/memorial/mission-and-statute/> [Stand: 09.02.2022]; Roginskij [wie Anm. 17].

20 „Aus dem Sumpf des Stalinismus befreien. Spiegel-Interview mit dem Sowjethistoriker Jurij Afanassjew über die Gründung der Gesellschaft „Memorial“, in: Der Spiegel 7 (1989), S. 164 ff., Zitat S. 165.

Als sich am 5. März 1989 der Tod Stalins zum 36. Mal jährte, war der Umgang mit dem Stalinismus längst eines der zentralen Streitthemen geworden, das zur Polarisierung der sowjetischen Gesellschaft beitrug. Während *Memorial* im Moskauer Gorki-Park eine öffentliche Versammlung zur „Entstalinisierung der Gesellschaft“ organisierte, legte die „Allrussische Patriotische Gesellschaft Pamjat“ (*Pamjat*: dt. Gedächtnis) einen Kranz an der Grabstätte des Diktators nieder. Seit Anfang der 1980er Jahre bildete *Pamjat* ein Sammelbecken für militante, faschistische, monarchistische, antisemitische und xenophobe Strömungen. In den Jahren der Perestroika gewann sie vermehrt Zulauf von Unzufriedenen, die meinten, die aktuellen Reformprozesse seien für die schlechte sozioökonomische und politische Lage verantwortlich. Obwohl die Namen der beiden gesellschaftlichen Vereinigungen nah beieinander liegen, verfolgten sie gänzlich unterschiedliche Ideen und Ziele.²¹ *Memorial* bekannte sich zu den Menschen- und Bürgerrechten und lehnte jegliche Diskriminierung ab. Aus der Forderung nach einem Denkmal zogen die Aktivist*innen von *Memorial* zudem den Schluss, dem sowjetischen Strafsystem und Geheimdienstapparat engere Grenzen zu setzen.

Vor den ersten teilweise freien Wahlen am 26. März 1989 zum Volksdeputiertenkongress hatte die Kundgebung *Memorials* einen politischen Charakter. Das zeigte sich auch bei den folgenden Veranstaltungen und Demonstrationen, die gleichfalls in einigen Teilrepubliken der Sowjetunion stattfanden. Im August erinnerte die von *Memorial* organisierte Ausstellung „Freundschaft, durch Blut besiegelt“ an den 50 Jahre zurückliegenden Hitler-Stalin-Pakt. Dieses Thema trug besonders im Baltikum zu Debatten über die nationale Identität und Selbstbestimmung bei und fand einen eindrucksvollen Ausdruck im „Baltischen Weg“, einer 600 km langen Menschenkette zwischen den baltischen Landeshauptstädten. Daran anknüpfend planten die Aktivist*innen von *Memorial* eine Aktion zum 30. Oktober 1989. An diesem Datum riefen im Jahr 1974 Strafgefangene, unterstützt von Dissident*innen, zum Gedenken an die „Opfer der politischen Repressionen“ auf und waren anschließend in einen kollektiven Hungerstreik getreten. 25 Jahre später reihten sich um den Hauptsitz des gefürchteten

Geheimdienstes KGB, der Ljubjanka, Menschen aneinander, um den Opfern des Staatsterrors in der Sowjetunion zu gedenken und die Einhaltung von Bürger- und Menschenrechten einzufordern. Für viele Teilnehmende bildete die Aktion eine Gelegenheit, ihren Verwandten und Bekannten zu gedenken, über deren Verbleib sie, wenn überhaupt, nur wenig vertrauenswürdige Informationen erhalten hatten.

Am 14. Dezember 1989 verlor *Memorial* mit Andrej Sacharows Tod ihren ersten Vorsitzenden und größte Identifikationsfigur. Auf der Trauerfeier soll Gorbatschow zu Sacharows Witwe, der Dissidentin Jelena Bonner, gesagt haben, nach den Trauerfeierlichkeiten werde sich eine angemessene Art der Erinnerung an ihren Mann finden lassen. Darauf habe Bonner stoisch geantwortet, es sei besser, *Memorial* zu registrieren.²² Im Januar 1990 stand schließlich die staatliche Registrierung der unionsweiten Organisation an. Jedoch gab es weitere Probleme, etwa beim Zugriff auf das eigene Spendenkonto. Der Widerstand aus konservativen Kreisen wuchs. Aber die Aktivist*innen demonstrierten erfolgreich weiter, unter anderem gegen die Niederschlagung von Protesten am „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking und für die Unabhängigkeit von Litauen.

Memorial seit den 1990ern

Der 30. Oktober 1990 wurde für *Memorial* zu einem bedeutenden Tag, als eine große Menschenmenge über den in Sichtweite des Moskauer Kremls gelegenen Dserschinski-Platz strömte. Dabei hielten die Menschen Kerzen, Bilder von Angehörigen und Plakate mit politischen Botschaften hoch. Zur Menge gehörten zahlreiche ehemalige Insass*innen sowjetischer Straflager, die teils mit ihren Häftlingsnummern, mit ihrer Kleidung und mit anderen Lagerutensilien auf ihr Schicksal hinwiesen. Vor dem als mächtige Trutzburg erscheinenden Ljubjanka-Gebäude, das als Symbol für den stalinistischen Staatsterror der 1930er Jahre gilt, enthüllten Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der Kirche ein neues, genehmigtes Mahnmahl. Dieses bestand nur aus einem großen Stein von

21 Julia Wishnevsky: *The Origins of Pamyat*, in: Survey 30 (1989), S. 79–91; Gerd Koenen: Interview mit Dmitrij Wassiljew, in: Osteuropa 40/3 (1990), S. A149–A157.

22 Ekaterina Mel'nikova: „Milaja, pomjanut' idu, ego že rasstreljali, ja ne znaju gde“. Rovno 30 let nazad ljudi okružili zdanie KGB živoj cep'ju, in: Mediazona, v. 30.09.2019, <https://zona.media/article/2019/10/30/30-10> [Stand: 09.02.2022].

Der Solowetzki-Stein in Moskau, Denkmal für die Opfer staatlicher Gewalt, errichtet 1990

Abbildung: Dmitry Borko



den Solowetzki-Inseln mit Inschrift.²³ In der Abgeschiedenheit des Hohen Nordens hatte sich dieses Archipel während der 1920er Jahre zum Nukleus des Straf- und Arbeitslagersystems der Sowjetunion entwickelt und war zu einem prototypischen Lagerkomplex geworden. Seit Ende Oktober 1990 erinnert ein schlichtes Mahnmal, aufgestellt durch eine zivilgesellschaftliche Initiative, vor der Haustür der zentralen Schaltstelle des Staatsterrors an das geschehene Unrecht.

Nachdem die Spitze des sowjetischen Geheimdiensts und Innenministeriums im August 1991 einen missglückten Putsch der reaktionären Kräfte gegen Gorbatschow sowie Jelzin mit organisiert hatten und daraufhin in Haft mussten, kam es vor dem Lubjanka-Gebäude erneut zu einer aufsehenerregenden Demonstration. Mit Hilfe eines Krans holte die aufgebrachte Menge das Denkmal von Felix Derschinski von seinem Sockel. Die Demonstrierenden traten die Statue des gestürzten Geheimdienstgründers mit Füßen. Der vormals allmächtige Unterdrückungsapparat lag buchstäblich am Boden, die Gesellschaft hatte ihn zu Fall gebracht.

Trotz dieses Erfolgs waren die Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durch viele Herausforderungen gezeichnet. Das gesellschaftliche Interesse an der Geschichte nahm nach der Hochphase Ende der 1980er und der frühen 1990er Jahre bald deutlich ab. Die ökonomische Misere und die Sicherung des Auskommens machten ein freiwilliges Engagement bei *Memorial* für viele Aktivist*innen unmöglich. Das schränkte die Mobilisierungskraft zivilgesellschaftlicher Organisation wie *Memorial* merklich ein. Dennoch entwickelte die Gesellschaft stetig neue Arbeitsschwerpunkte. In eigenen Archiven wurden Dokumente gesammelt, um die Lebensgeschichten von Terroropfern nachzeichnen zu können; Betroffene erhielten psychosoziale und juristische Beratung sowie materielle Unterstützung; Forschungs Expeditionen wurden organisiert, um Massengräber aufzufindig zu machen und vormalige Lagerorte in Augenschein zu nehmen. Die Aktivist*innen von *Memorial* wirkten auch maßgeblich an der Ausarbeitung neuer Rehabilitierungsgesetze von 1991 mit und brachten ihre Expertise im Prozess vor dem neu geschaffenen Verfassungsgericht der Russischen Föderation gegen die von Präsident Jelzin per Erlass verbotene KPdSU im Folgejahr ein. Mit immer weitreichenderen Archivfreigaben wuchs der dafür nötige Fundus an Quellen. In einem

23 Die Enthüllung des Denkmals ist in einem Film dokumentiert, der sich abrufen lässt unter <https://www.youtube.com/watch?v=ZiZrJ3zT3Gg> [Stand 21.02.2022].



Mahnwache vor dem Verteidigungsministerium am 23. Februar 1995.

Es ist der „Tag des Verteidigers des Vaterlandes“. Außerdem ist es der Tag, an dem die Deportation der Tschetschenen begann. Die Teilnehmer liegen am Boden, sie stellen Kriegsoffer dar. Im Vordergrund sieht man das Plakat: „Nein zum Krieg in Tschetschenien!“

Abbildung: Memorial Deutschland

„archival gold rush“ wurden neu freigegebene Dokumente in Studien ausgewertet. Historiker*innen hatten fortan die Möglichkeit, neue Erkenntnisse über brisante Geheimnisse der sowjetischen Geschichte zu erzielen und brisante Fragen zum Gegenstand wissenschaftlicher und öffentlicher Debatten zu machen.

Auch *Memorial* nutzt sie im Zuge historischer Aufklärung, um Datenbanken, Gedenkbücher, Opferlisten, Karten und Nachschlagewerke zu erstellen.²⁴ Mit einem seit 1999 ausgeschriebenen Schülerwettbewerb bietet *Memorial* ein landesweites Aufklärungsprojekt. Die seit 2007 jährlich am 29. Oktober stattfindende Aktion „Rückgabe der Namen“ hat sich zu einem landesweiten Trauer- und Erinnerungsort entwickelt.²⁵ Das 1992 gegründete Menschenrechtszentrum *Memorial* nutzt Archiverkenntnisse, um Bürger*innen zu helfen, Rechtsansprüche aus vergangenem Unrecht geltend zu machen. Mit seiner Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen im In- und Ausland wurde dieses Zentrum zu einer wichtigen Informationsquelle, insbesondere für die Unruhen im Nordkaukasus und die Gräueltaten der Tschetschenienkriege. Auch für Menschen aus der Ukraine, die vor dem seit 2014 im Osten des Landes tobenden Krieg flohen, übernimmt *Memorial* gemeinsam mit Partnerorganisationen die materielle, juristische und psychosoziale Unterstützung. Die

24 Mark von Hagen: *The Archival Gold Rush and Historical Agendas in the Post-Soviet Era*, in: *Slavic Review* 52/1 (1993), S. 96–100. Eine Karte des Gulag mit Daten von Memorial ist hier abrufbar: <https://gulagmap.ru/> [Stand: 21.02.2022].

25 <https://october29.ru/return-of-the-names/> [Stand: 21.02.2022].

Aktivist*innen prangern unter anderem an, dass Immigrationsprozesse undurchsichtig sind und dazu getroffene politische Entscheidungen international geltendem Recht widersprechen.²⁶

Repressionen in Putins Russland

Während der Amtszeiten des russischen Präsidenten Wladimir Putin hat sich der Diskurs um die sowjetische sowie imperiale Vergangenheit grundlegend gewandelt. Immer vehementer beansprucht der Kreml ein Deutungsmonopol, um durch selektive Narrative eine „brauchbare Vergangenheit“²⁷ zu generieren. Dabei steht ein glorifizierter und sakralisierter Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ über allem.

Zwar leugnet der Kreml den Gulag und die stalinistischen Verbrechen nicht, deklariert sie aber als einen nötigen Schritt zum späteren Sieg über die deutsche Wehrmacht und vermeidet die Frage nach der Täterschaft. Stalin erscheint kaum mehr als Despot und Menschenschlächter, sondern vor allem als großer Kriegstriumphator. Seine Rolle bei den staatsterroristischen Verbrechen während seiner Herrschaft wird bestritten oder zumindest heruntergespielt.

Einen offiziellen Schlussstrich unter die unangenehme Geschichte des Gulag forderte Präsident Putin schon im Jahr 2017. Damals jährte sich der „Rote Oktober“ zum 100. und zugleich der Große Terror von 1937 zum 80. Mal. Gemeinsam mit dem russischen Patriarchen Kirill und dem Moskauer Bürgermeister Sobjanin weihte der Kremlchef die „Mauer der Trauer“ als neues nationales Denkmal in der russischen Hauptstadt ein.

Zwar bezeichnete Putin die stalinistischen Repressionen als „Tragödie für unser Volk“ ohne jegliche Rechtfertigung, doch Land und Volk rief er dazu auf, sich dadurch nicht spalten zu lassen. Das neue, den Opfern des Stalinismus gewidmete Denkmal bietet zwar ein hohes Identifikationspotential. Es unterschlägt aber über die bloße Trauer hinaus die weitere Aufklärung über die repressiven

26 Olga Gulina: Nie wieder Krieg. Flüchtlinge aus der Ostukraine, in: *Osteuropa* 65/4 (2015), S. 131–142; *Ukrainian refugees in Russian Federation*, Civic Assistance Committee, 07.10.2014, <https://refugee.ru/doklady/bezhentsy-iz-ukrainy-v-rossijskoj-federatsii/> [Stand: 12.02.2022].

27 Olga Malinova: *Constructing the „Usable Past“*, *The Evolution of the Official Historical Narrative in Post-Soviet Russia*, in: Niklas Bernsand/Barbara Törnquist-Plewa (Hg.): *Cultural and Political Imaginaries in Putin's Russia*, Leiden/Boston 2019, S. 85–104.



Denkmal „Mauer der Trauer“, aufgenommen 2017
 Abbildung:
 Bundesstiftung
 Aufarbeitung/
 Fotografin:
 Vera Dubina

Untaten der enthemmten Staatsmacht. Damit entsorgt es Geschichte, statt diese aufzuarbeiten. Vor dem Hintergrund neuer politischer Gefangener in Putins Russland, wie dem seit 2016 verhafteten Menschenrechtler und Historiker Jurij Dmitriev, wirkt das Denkmal als Ausdruck politischer Scheinheiligkeit.²⁸ Nachdem Putins Wiedereinzug in den Kreml im Winter 2011/12 Massenproteste überall in Russland ausgelöst hatte, verabschiedete die Duma im Rekordtempo das rechtlich umstrittene „Agentengesetz“. Mit seiner bewusst an die Zeit des Großen Terrors angelehnten Diskreditierung von kremlkritischen Personen und Organisationen als „ausländischer Agent“ gehen für die Betroffenen strenge schikanierende Berichtspflichten einher. Zudem untersagt es den betroffenen NGOs, Medien und seit Dezember 2020 Privatpersonen, auch nur geringe Geldbeträge aus dem Ausland zu erhalten. Das führt sowohl zu einem großen Konformitätsdruck als auch zu Finanzierungsproblemen, weil die als gebrandmarkten Organisationen stark an Ansehen und damit an Unterstützung durch Spenden- oder Werbegelder verlieren.

Innenpolitisch setzen diese geschichtspolitischen Manipulationen darauf, dass die Bevölkerungsmehrheit wegen ihres oft nur rudimentären historischen Wissens Putins Lektionen von Triumphen und Helden, Verrat und Feinden bedenkenlos folgt. Die Erzählung einer vermeintlich glorreichen Vergangenheit soll die Menschen in Nostalgie schwelgen lassen und davon überzeugen, dass Russland mit seiner weit zurückreichenden Imperiumsgeschichte eine eigenständige Zivilisation darstelle, die sich deutlich von den Traditionen westlicher Länder unterscheide. Die mit diesem gefährlich verklärten Geschichtsbild vermittelte nationale Identität dient dazu, die Loyalität zum Kreml zu stärken und zugleich über die vielen ungelösten Probleme der Gegenwart und insbesondere über das Fehlen eines zukunftsfähigen Wirtschaftsmodells hinwegzutäuschen. Kritische Geister, die diesen durch Cliotherapie induzierten Wohlfühlnostalgismus gefährden, erscheinen als „russophobe Elemente“, deren Stimmen nicht in der Öffentlichkeit durchdringen dürfen.²⁹

28 „Putin fordert Schlussstrich unter Stalin-Ära“, Deutsche Welle, 30.10.2017, <https://p.dw.com/p/2ml7i> [Stand: 09.01.2021].

29 Clio ist in der griechischen Mythologie die Muse der Heldendichtung und Geschichtsschreibung. Klaus Gestwa: Putin, der Cliotherapeut. Überdosis an Geschichte und politisierte Erinnerungskonflikte in Osteuropa, in: Neue Politische Literatur (17.12.2021), <https://doi.org/10.1007/s42520-021-00403-w> [Stand: 06.01.2021].

„Wir sind Memorial“ – Plakat und Blumen am Solowetzki-Denkmal am 28. Dezember 2021

Foto: picture alliance/REUTERS/
Fotograf:
Anton Vaganov



Wider dem Gedächtnis und Gewissen

Memorial ist schon seit langem von diesen Repressionen betroffen, vor allem seit der Einstufung als ausländischer Agent, die 2014 zunächst für das Menschenrechtszentrum und 2016 dann für *Memorial* International erfolgte. Die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation wirft diesen beiden Kerninstitutionen *Memorials* vor, systematisch gegen Auflagen des „Agentengesetzes“ verstoßen zu haben, die nicht genauer bezeichnete (auch rückwirkende) Kennzeichnungen und Markierungen von Publikationen vorsehen. Die zuständige Strafverfolgungsbehörde fordert daher die Liquidierung. Die im Prozess als Argumente gegen *Memorial* vorgebrachten fehlenden Kennzeichnungen referieren jedoch nur vergangene Gerichtsurteile und bereits bezahlte sowie verjährte Geldbußen. In der letzten Verhandlung offenbarte die Generalstaatsanwaltschaft im immer wieder stockenden Prozess schließlich den offensichtlichen politischen Beweggrund. Nun lautete der Vorwurf, die beiden Moskauer *Memorial*-Institutionen leisteten „Extremismus“ und „Terrorismus“ Vorschub. Ferner verstießen sie gegen das Menschenrecht auf Information, weil sie falsche Angaben verbreiteten. Besonders schwer wog der fadenscheinige Vorwurf, *Memorial* International würde „über das Thema der politischen Repressionen spekulieren“, um „ein verlogenes Bild über die Sowjetunion als

terroristischen Staat“ zu zeichnen. Das historische Gedenken, allen voran an den „Großen Vaterländischen Krieg“ werde verdreht. Bezeichnenderweise stellte der Klagevertreter weiter heraus, der Staat, nicht aber *Memorial* habe seit 1991 3,5 Millionen Menschen rehabilitiert. Als eine Vertreterin von *Memorial* die einfache Frage stellte, warum diese Menschen denn überhaupt rehabilitiert werden mussten, blieb die Staatsanwaltschaft die Antwort auf die Frage schuldig. Im Parallelprozess gegen das Menschenrechtszentrum *Memorial* vor dem Moskauer Stadtgericht fügte der Klageführer hinzu, die „Bildung eines negativen Staatsbildes und das Fehlen von Markierungen kann depressive Zustände bei den Bürgern hervorrufen“ und sei deshalb gefährlich für die „geistige und moralische Entwicklung“ Minderjähriger.³⁰

Viele Beobachter*innen fühlten sich in Ablauf und Wortwahl an Schauprozesse aus der Stalin-Zeit erinnert. Die gefällten Urteile sind offensichtlich politisch motiviert, nachdem Putin in einem Fernsehinterview *Memorial* pauschal vorwarf,

30 Vera Čeliščeva: *Sud pobeditelej. Meždunarodnyj «Memorial» likvidirovan. Prokuror proiznes-taki «izmenniki Rodiny»*, in: *Novaja Gazeta*, 28.12.2021, <https://novayagazeta.ru/articles/2021/12/28/sud-pobeditelei> [Stand: 07.01.2022]; Andrej Karev: *«Vreden dlja detej i vyzyvaet depressiju» Kak prochodit process o likvidacii PC «Memorial»*, in: *Novaja Gazeta*, 24.12.2021, <https://novayagazeta.ru/articles/2021/12/24/vreden-dlja-detei-i-vyzyvaet-depressiju> [Stand: 16.01.2022].

auch das Gedenken an NS-Kollaborateur*innen zu fördern. Zugleich erhoben Veteranenverbände Klage gegen *Memorial*, so dass weitere Prozesse drohen. Innenpolitisch stehen *Memorials* Bemühungen der Geschichtsaufarbeitung und demokratischen Identitätsstiftung dem von Putin immer vehementer erhobenen Anspruch entgegen, die Geschichte des Landes allein im Sinn des Kremls zu deuten und damit gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozesse in gewünschte Bahnen zu lenken. Im Urteil gegen *Memorial* sehen viele darum eine „Bestrafung des historischen Erinnerns“. Der russische Journalist Oleg Kaschin warnte kürzlich: „Die russische Staatsmacht macht keinen Hehl daraus, dass sie die einzige Quelle historischen Erinnerns sein will. *Memorial* & Co sind für sie seit einiger Zeit nicht bloß Gegenspieler, sondern Rivalen. Rivalen, mit denen man bei Gelegenheit bis zur Vernichtung kämpft.“³¹

Außenpolitisch stellt die Liquidierung von Russlands bedeutendster NGO eine „asymmetrische Antwort“ auf westliche Sanktionen dar. Das juristisch sanktionierte Verbot unterstreicht, dass der Kreml mit seiner autoritären Identitätsstiftung rigoros jedwede kritische Meinungsäußerung und unliebsame gesellschaftliche Initiative unterbinden wird. Das Vorgehen gegen *Memorial* statuiert ein Exempel: Wenn es selbst der angesehensten, von den besten Jurist*innen des Landes verteidigten NGO nicht gelingt, sich gegen das Machtmonopol des Putin-Regimes zu behaupten, dann gibt es keinen Raum mehr für Formen der unabhängigen gesellschaftlichen Selbstorganisation und der demokratischen Identitätsstiftung. Der Hoffnung des Westens, durch Wirtschaftssanktionen gesellschaftlichen Unmut zu schüren und so Druck auf die russische Regierung auszuüben, will der Kreml mit seiner Repressionspolitik entschieden entgegentreten. Stattdessen vermitteln kremlnahe Medien mit ihrem propagandistischen Trommelfeuer das Bild von Russland als einer sowohl von der NATO als auch von „ausländischen Agenten“ belagerten Festung.

Memorial hat gegen die Verbotsurteile Berufung eingelegt, doch am 28. Februar bestätigten die russischen Gerichte ihre Urteile über die „Liquidierung“ der beiden Kernorganisationen. Was das für die lokalen Bewegungen bedeutet, ist

bisher nicht abzusehen.³² Über die Jahre hat sich die Gesellschaft in ein weit verzweigtes Netzwerk verwandelt, das verschiedene Ausweichmechanismen beherrscht. Das Gericht mag die Organisation verbieten, doch das Gedächtnis der Menschen lässt sich nicht einfach so vernichten. Der langjährige und 2017 verstorbene Vorsitzende von *Memorial* International, Arsenij Roginskij, resümierte zum 25-jährigen Bestehen, *Memorial* habe zwar nicht gewonnen, aber „ohne uns wäre es schlechter.“³³

Am Abend des 21. Februar 2022 hielt Putin eine live im Fernsehen übertragene Geschichtsstunde, in der er der Ukraine das Existenzrecht als Staat, Nation und Volk absprach. Mit der Anerkennung der beiden abtrünnigen „Volksrepubliken“ im Donbas und dem anschließenden Überfall auf die Ukraine am 24. Februar löste der russische Präsident einen Krieg in Europa aus. *Memorial* stellte sich diesem Vorgehen vehement und mutig entgegen. Im Anschluss an die Berufungsverhandlung veranstaltete die Organisation ein „Antikriegs-Festival“. Wer sich in Russland wie die Aktivist*innen von *Memorial* gegen Putins Krieg ausspricht und protestiert, dem droht die Verhaftung. Neue, im Schnellverfahren und einstimmig beschlossene Gesetze sehen für solche Proteste oder wegen Verbreitung von „Falschinformationen“ langjährige Haftstrafen von bis zu 15 Jahren vor. In Russland ist es demnach verboten von der Darstellung der Staatsmedien abzuweichen und die Bezeichnung „Krieg“ weiter zu verwenden. Darunter fallen auch Posts oder private Chats in sozialen Medien. Gewichtige Stimmen, die sich wie *Memorial* für Menschenrechte und alternative Identitätsbildungen zu Putins Vorstellungen einsetzen, werden mit allen Mitteln unterdrückt. Zeitgleich mit dem Inkrafttreten der neuen Gesetze fand in den Räumen von *Memorial* eine pogromartige Durchsuchung der Polizei statt. Neben Verwüstung hinterließen die Beamten Schmierereien mit den Buchstaben „Z“ und „V“ – die Erkennungszeichen auf russischen Militärfahrzeugen in der Ukraine. Beide Zeichen sind gerade omnipräsent in Russland und sollen die Unterstützung für Präsident Putin zum Ausdruck bringen. Schlimm genug, dass Putin einen Krieg gegen die Ukraine führt, er führt ihn mit zunehmender Repression auch gegen Russland. ■

31 Oleg Kaschin: Liquidierung des Gedenkens, in: *dekoder*, 15.11.2021, <https://www.dekoder.org/de/article/memorial-liquidierung-ngo-repressionen> [Stand: 27.12.2021].

32 Mit dem am 15. März 2022 eingeleitetem Austritt der Russischen Föderation aus dem Europarat gibt es künftig keine Möglichkeit für russische Bürger*innen für ihre Rechte vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu klagen. Noch anhängige Verfahren gehen zurück an russische Gerichte.

33 Roginskij [wie Anm. 17].

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum

Herausgegeben von der Bayerischen
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion

Monika Franz, Christina Gibbs

Titelbildnachweis

Zerstörungen nach einem Bombenangriff auf Kiew,
18. März 2022

Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/

Fotograf: Mohammad Javad Abjoushak

Gestaltung

MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH,
Wuppertal

Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG,
München/Regensburg

BLZ auf Social Media



Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.